

## Themenforum 1: Chancenaufenthaltsrecht und Spurwechsel

- ➔ Mehr personelle Ressourcen bei Einwanderungsbehörden, für Integrationskurse, Beratungsangebote, um operative Kooperation zwischen Akteur\*innen vor Ort zu fördern.
- ➔ Identitätsklärung durch eidesstattliche Versicherung vorantreiben
- ➔ BMI sollte Handlungshinweise zu den §§ 25 a und b aktualisieren, um den Übergang in das Bleiberecht zu erleichtern.
- ➔ Eine Hinweispflicht der Ausländerbehörden bezüglich des Chancenaufenthaltsrechts sollte bundesweit umgesetzt werden.

## Themenforum 3: Westbalkanregelung

- ➔ Eine Tarifbindungsklausel, flankiert durch andere Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung, sollt in die Westbalkanregelung integriert werden.
- ➔ Ein Arbeitgeberwechsel sollte erleichtert werden:
  - Hürden in der Verwaltungsumsetzung abbauen
  - § 26 Abs. 2 S. 5 BeschV sollte aufgehoben werden, damit auch Beschäftigte, die über die Westbalkanregelung kommen, nach zwei Jahren Beschäftigung leichter den Arbeitgeber wechseln können.
- ➔ Eine Aussicht auf eine Niederlassungserlaubnis sollte geben werden, um die Personengruppe nicht dauerhaft von einer Integrationsperspektive auszuschließen.
- ➔ Bessere Rechtsdurchsetzung:
  - Eine zentrale Arbeitsinspektion erscheint erforderlich, um eine stärkere öffentlich-rechtliche Bekämpfung von Arbeitsrechtsverstößen zu erreichen.
  - Ein Abgleich ursprünglich zugesagter und tatsächlicher Löhne erscheint umfassend nötig.
  - Die FKS stärker in weitere Schritte einbeziehen, um Erkenntnisse über Rechtsverstöße zu gewinnenProblemlage: aufenthaltsrechtliche Kontrolle ggü. Drittstaatsangehörigen wird als Druckmittel von Arbeitgebern eingesetzt.
- ➔ Ausbruch aus informellen Beschäftigungsnetzwerken erleichtern durch Unterstützung bei gesellschaftlicher Integration. Resilienz stärken durch Spracherwerb, Beratung, Unterstützung.

## Themenforum 2: Qualifikationsanerkennung

- ➔ Der Deutsch Spracherwerb sollte stärker gefördert und auch (besonders in reglementierten Berufen) berufsbegleitend während der Nachqualifizierung ermöglicht werden.
- ➔ Administrative & bürokratische Hürden und Anforderungen sollten entschlackt werden (beispielsweise Nachweise für Antrag, Anforderungen in Berufsgesetzen, ...). Anerkennungsverfahren sollten standardisiert und vereinfacht werden.
- ➔ (Mehrsprachige) Beratungs- und Begleitstrukturen für Anerkennungsinteressierte sollten ausgebaut ("Verfahrensbegleitung") werden, Anerkennungspartnerschaften sollten entwickelt werden.
- ➔ Eine Finanzierung von Beratungs- und Begleitstrukturen sowie eine Förderung von Anerkennungskosten sollte als Regelförderung zur Verfügung stehen.
- ➔ Interkulturelle Öffnung

## Themenforum 4: Einbürgerung

- ➔ Eine zentrale Einbürgerungsbehörde auf Landesebene sollte eingerichtet werden. Vereinheitlichte und transparente Verfahrensvorschriften sollten entwickelt werden.
- ➔ Eine Digitalisierung innerhalb der Behörden sollt nach dem Beispiel "Quick-Check" (Online-Antrag, Online-Erstgespräch) in Berlin vorangetrieben werden. Die Ausbildung des Personals muss mitgedacht werden.
- ➔ Eine Aufstockung des Personals in den Einwanderungsbehörden (um circa 1/3) erscheint notwendig, um erhöhte Antragszahlen zu bewältigen.
- ➔ Dauerhafte und mehrsprachige begleitende Kampagne, die realistische Erwartungshaltung berücksichtigt und auf Beratung hinweist (Einbürgerung als Teil der Einwanderung verstehen).
- ➔ Beratung für vulnerable Gruppen, die bisher nicht im Gesetz berücksichtigt wurden, (Staatenlose, Menschen ohne ausreichende Lebensunterhaltssicherung) sollte verfügbar sein.